

Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reform in Osteuropa. Überlegungen zur Rolle der Civil Society im polnischen Transformationsprozeß

Während die „Civil Society“ (CS) Diskussion im Zusammenhang mit dem Systemwechsel in Osteuropa zu einem bedeutenden Wachstumspol sozialwissenschaftlicher Erkenntnisbemühungen avancierte, gewann das Konzept selbst eine immer elastischere Gestalt. Je nach individuellem Blickwinkel variiert das zugrundeliegende CS-Konzept so stark, daß um Klärung bemühte Autoren einräumen mußten, „über das Konzept der Civil Society herrscht helle Uneinigkeit...“¹ Der Artikel fragt nach den Wesenszügen der CS und nach deren spezifischer Rolle bei der Überwindung der kommunistischen Einparteiensysteme sowie nach dem potentiellen Beitrag der osteuropäischen CS zur Konsolidierung der postkommunistischen Demokratien am Beispiel Polens. Dabei wird der spezifisch osteuropäische Kontext der Anwendung des Terminus bezugnehmend auf politische, gegen den Staat gerichtete Öffentlichkeiten und Handlungsräume verlassen. Im Vordergrund stehen demokratische Konsolidierungsprozesse und die Rolle kollektiver Akteure als Trägergruppen von Reformen.²

Folgende Thesen werden dabei vertreten: In der Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Staat konstituierte sich eine polnische Gegengesellschaft über die Mobilisierung von unten, die in Gestalt der Solidarnosc Anfang der achtziger Jahre auch eine dauerhafte Organisationsform annahm. Der Konflikt mit dem Staatsapparat bildete die Klammer der an sich heterogenen, koalierenden Interessen und konstituierte erst deren gemeinsame Identität. Diese schwindet mit der Machtübernahme der vormaligen Oppositionseliten und der Auflösung der Konfliktsituation.

Der Beitrag dieser Gegengesellschaft zur Überwindung des kommunistischen Systems ist wichtig, wird aber wegen der Ausklammerung anderer Faktoren überschätzt. Ohnehin ist die Bezeichnung CS für osteuropäische Gegengesellschaften im analytischen Sinne fraglich, da es ihnen an einer über den Markt vermittelten Autonomie mangelte. Nach der verhandelten Revolution zerfiel die vormalige Gegengesellschaft in kon-

kurrierende Gruppierungen entlang ihrer inneren Konfliktlinien, ohne daß sich eine den Staat entlastende CS im eigentliche Sinne bislang herausbildete, da deren sozio-ökonomische Grundlagen in den postkommunistischen Gesellschaften aufgrund der Dominanz des staatlichen Industriesektors und des unterentwickelten Privatsektors erst schwach ausgebildet sind. Damit fehlen vor allem die sozio-ökonomischen, über Markt und Eigentum vermittelten Grundlagen der gesellschaftlichen Selbststeuerung.

Die Konsolidierung der Demokratie in Osteuropa ist ein schwieriger Prozeß, der sich im Spannungsfeld zwischen dem Übergewicht kurzfristiger gesellschaftlicher Defensivinteressen und der Durchsetzung notwendiger, mit sozialen Kosten verbundener Reformimperative vollzieht. Eine Stärkung der Exekutive vor dem Hintergrund von Konflikten mit dem Parlament ist als Konsequenz in dieser Konstellation angelegt, insbesondere da die schwache CS nicht wesentlich zur Unterstützung der Reformen beitragen kann.

1. Begriffsklärung: Genese, Struktur und Funktion der Civil Society

Die einschlägige Diskussion um den Begriff der CS konvergiert um einige zentrale Punkte. Ausgehend von den Arbeiten von Keane, Diamond und Schmitter beschreibt der Begriff die Totalität aller autonomen, d.h. sich selbst organisierenden und vom Staat unabhängigen, intermediären gesellschaftlichen Institutionen und Assoziationen, die kollektiv und organisiert ihre Interessen und Belange in der öffentlichen Sphäre artikulieren und vertreten.³ Zentrale Punkte sind die Selbständigkeit solcher Organisationen, ihre vermittelnde Funktion und ihr politisches Potential. Privates wirtschaftliches Handeln ist als solches nicht Element der CS, kann aber Voraussetzung für deren Existenz sein.

In pluralistischen politischen Systemen, die demokratischen Mindestanforderungen genügen, sollten politische Parteien, trotz ihrer vermeintlichen Staatsnähe, in das CS Konzept miteinbezogen werden. Nur so kann den in vielerlei Beziehung existierenden Querverbindungen zwischen Parteien und Interessenverbänden Rechnung geuragen werden, auch in post-kommunistischen Systemen.⁴

Eine ausgeprägte CS wird in mehreren Hinsichten als der Demokratie und der Demokratisierung förderlich erachtet. Zum einen indem sie ein Gegengewicht zur Staatsmacht etabliert und horizontale Kontrolleffekte ausübt,⁵ zum anderen indem sie Interessen mobilisiert, aggregiert und in

den politischen Prozeß kanalisiert.⁶ Die Autonomie der Zivilgesellschaft wird dabei als entscheidend angesehen – kooptierte Massenorganisationen nach korporatistischem Muster sind kein Beispiel gesellschaftlicher Selbstorganisation und echter Interessenrepräsentation – wiewohl es vielfältige Institutionen mit halb-staatlichem, halb-autonomen Status gibt.

Indem die CS Literatur in Bezug auf Osteuropa sich thematisch auf den Modus „CS against the state“⁷ konzentrierte, vernachlässigte sie freilich den Beitrag des Systems der funktionalen Interessenrepräsentation zur politischen Steuerung.⁸ Intermediäre Institutionen der Interessenvermittlung, die in der Lage sind, Sachinteressen zu aggregieren und als Kollektivinteresse policy-orientiert zu formulieren (in erster Linie die Träger funktionaler Repräsentation von Wirtschaftsinteressen), erhöhen die Koordinations- und Kompromißfähigkeit partikulärer Interessen über den Mechanismus der Erhöhung der Verbindlichkeit getroffener Regelungen und der Beständigkeit der Regelungsmuster mit dem Effekt der Entlastung des Staates.⁹

Die „positive Bilanz“ neo-korporatistischer Gesellschaftssteuerung¹⁰ wird erst durch eine stark institutionalisierte CS möglich. Sofern das System der verbandlichen Interessenvertretung in der Lage ist, diese Leistungen zu erbringen, sollte es über Attribute wie hierarchische Koordinationsfähigkeit, Repräsentationsmonopol, Differenzierung nach funktionalen Kriterien, Verbindlichkeit der Mitgliedschaft und Anerkennung des Repräsentationsstatus durch staatliche Stellen etc. verfügen.¹¹ Auch bei der Analyse der CS beharrt Schmitter auf der Dominanz von funktional strukturierten Konfliktlinien entlang den Kriterien Klasse, Branche und Profession, da „Eigentum und die Organisation der Produktion“ die politisch dauerhaftesten und bestimmenden gesellschaftlichen Konfliktlinien produzierten.¹² Insgesamt betrachtet erscheinen Institutionen mit hohem Formalisierungsgrad wie Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände, aber auch die Kirche von zentraler Bedeutung.

Aus historischer Perspektive scheint eine pluralistische CS die Existenz von *autonomen Machtsphären* mit eigenem sozio-ökonomischen Status vorauszusetzen. So entwickelte sich in Europa die Grundlage der Trennung von staatlicher und gesellschaftlicher Sphäre erst mit dem Aufkommen der autonomen urbanen Ökonomie und der Dispersion ökonomischer Ressourcen.¹³ Als Träger des Liberalismus konnte das urbane Bürgertum in der europäischen Geschichte dem feudalen Staat die konstitutionellen Bindungen nur abtrotzen, da letzterer zur Befriedigung seines finanziellen und materiellen Appetits auf die Dienste der aufstrebenden, sich emanzipierenden Handels- und Finanzbourgeoisie angewiesen

war.¹⁴

Erkenntnisse aus der Dritte-Welt-Forschung unterstreichen die Abhängigkeit einer starken CS von einer entwickelten Ökonomie, deren zentrale gesellschaftliche Steuerungskategorie aufgrund des Wirkens eines funktionierenden kapitalistischen Markt- und Wachstumsmechanismus Profite und nicht Renten sind, und deren Arbeitsmärkte transformiert, d.h. nicht von Marginalität, sondern von relativer Knappheit an Arbeitsangebot gekennzeichnet sind. Nur unter diesen Voraussetzungen ist eine starke Ausprägung relevanter Institutionen der CS, insbesondere von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, möglich und kann von Marktsteuerung gesprochen werden.¹⁵ Die Möglichkeit der Aneignung von Renten seitens staatlicher Apparate steigert deren Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Ressourcen und begründet damit auch die Abhängigkeit der einheimischen Bourgeoisie vom Staat und dessen Garantierung von Monopolen auf den Binnenmärkten.¹⁶ Gleichsam können intern ungleiche und nicht demokratische Strukturen durch klientelistische Kooptationssysteme verfestigt werden. Sind die Arbeitsmärkte segmentiert und weite Teile der Arbeiterschaft marginalisiert,¹⁷ ist der Herausbildung von starken Gewerkschaften ohnehin aufgrund ihres geringen Verweigerungs- und Sanktionspotentials ein Riegel vorgeschoben.

2. Civil Society und der Übergang zu demokratischer Herrschaft in Osteuropa

Der in der englischen Fachliteratur „*democratic transition*“ genannte Übergang zu demokratischen Regierungsformen bezeichnet eine befristete Zeitperiode, die mit dem Zerfall eines autoritären oder totalitären Systems beginnt und in der Errichtung eines demokratischen Systems mündet. Der Abschluß der Übergangsphase kann mit der Adoption einer neuen Verfassung durch eine gewählte Versammlung oder mit der Wahl eines Parlamentes nach Inkrafttreten der Verfassung bestimmt werden.¹⁸

Synthetisierend kann man „*democratic transition*“ als die Phase der Errichtung eines formal-pluralistischen, institutionellen Rahmens für den politischen Wettbewerb begreifen. Die Forschung zu diesem Komplex nimmt eine dezidiert prozeßorientierte, auf individuelle Handlungsspielräume und Strategiefähigkeit der sozialen Akteure abhebende Position ein und stellt subjektive Faktoren wie Dispositionen und Kalküle der Eliten, das wichtige Instrument des Elitenpaktes und andere Aushandlungsprozesse sowie Brüche innerhalb autoritärer Regime in den Vordergrund,

um die Öffnung eines autoritären Regimes zu erklären.¹⁹ Die Theoriebildung schwächt von vornherein die Rolle struktureller Hintergrundfaktoren, und damit auch den Part der CS bei der Erklärung von Regimewechseln.

Wiewohl die Modernisierungstheorie den politischen Druck auf ein autoritäres Regime, den eine entwickelte CS infolge sozio-ökonomischer Modernisierung und des damit verbundenen Auftretens der Artikulation und der Mobilisierung von sozialen und politischen Interessen ausübt, als erklärende Variable hervorhebt,²⁰ bleibt dieser Erklärungslogik als zentrale intervenierende Variable Kohäsion und Machtressourcen des Staatsapparates entgegenzuhalten.²¹ Gleichfalls muß Wachstum nicht ohne weiteres zur Delegitimation autoritärer Herrschaft führen, sondern kann, wie im Falle von Hongkong oder Singapur, zu deren Stabilisierung beitragen.²²

Was die Osteuropaforschung anbelangt, so lautet das klassische Argument, es hätte eine Polarisierung zwischen Staat und der mobilisierten CS gegeben, die schließlich in die Überwindung des totalitären Staates durch die organisierte CS mündete. Diese strapazierte Generalisierung des polnischen Falls der Konfrontation zwischen der Solidarnosc-Bewegung und dem Staat läßt sich allerdings nur aufrechterhalten, wenn man nicht nur die Rolle externer Akteure, in diesem Falle die implizite Rücknahme der Breschnew-Doktrin, vernachlässigt,²³ sondern auch die Verquickung und Vermengung zwischen formellen Staatsorganisationen und der osteuropäischen CS ausblendet. Wie Ding zeigte, konnte für Osteuropa, so wie es auch keine klare Trennung, sondern wechselseitige Abhängigkeiten zwischen der „Second Economy“ und dem Staatssektor gab,²⁴ gar nicht von einer autonomen CS im obigen Sinne ausgegangen werden. Um den langwierigen Prozeß der Auflösung und Zersetzung von Staat, Partei und Massenorganisationen und der parallel dazu verlaufenden Durchdringung und Auflösung der Zweckbestimmung dieser Institutionen durch gesellschaftliche Akteure, wie auch die verschwimmenden Grenzen zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Sphäre zu beschreiben, prägte Ding den Ausdruck „institutional amphibiousness“.²⁵ Dieses Konzept umfaßt die Abhängigkeit oppositioneller Bewegungen von der staatlichen Infrastruktur sowie die Instrumentalisierung der bestehenden Organisationen durch soziale Akteure.²⁶

Die These von Ding läuft darauf hinaus, daß die Anwendung des CS-Konzeptes bei der Untersuchung der demokratischen Übergänge in Osteuropa nur partiell möglich ist, ohne den begrifflichen Inhalt des Konzeptes zu unterhöhlen.

3. Civil Society, Konsolidierung demokratischer Herrschaft und Wirtschaftsreform in Osteuropa

Auch das Konzept der demokratischen Konsolidierung unterliegt begrifflichen Schwankungen. Pridham sieht als entscheidende Momente der *Konsolidierung* der formell-demokratischen Institutionen die Herausbildung einer spezifischen, systemstützenden „politischen Kultur“. ²⁷ Konsolidierung wird in diesem Ansatz auch unter dem Aspekt der Entstehung eines generellen Konsenses betrachtet, der der demokratischen Herrschaftsform einen Wert an sich jenseits ihres instrumentellen Charakters für die Befriedigung von konkreten Interessen zuweist. ²⁸ Der Ansatz unterstellt, daß eine operierende Demokratie mit der Zeit ein stabilisierendes Trägheitsmoment akkumuliert, an dem adverse Umwelteinwirkungen abprallen.

Im Mittelpunkt des pragmatischen Ansatzes steht hingegen die Definition von Konsolidierung über die Verständigung aller relevanten politischen Akteure über die zentralen Spielregeln des demokratischen Wettbewerbs und seine Abwicklung im Rahmen der demokratischen Institutionen. ²⁹ In Przeworskis Modell ist die Loyalität der politischen Kräfte in letzter Instanz abhängig von ihrer Fähigkeit, ihre Interessen langfristig im Rahmen des demokratischen Institutionengefüges durchsetzen zu können, bzw. vom Vertrauen der im Verteilungskampf unterliegenden Akteure in die langfristige Verbesserung ihrer sozio-ökonomischen Situation durch Diffusionseffekte. ³⁰

Tritt im Gegensatz zur Übergangsphase in der Konsolidierungsphase die Routinisierung des Handelns in den Vordergrund, dann verengt sich der Entscheidungsspielraum der relevanten politischen Akteure wieder unter dem formenden Gewicht der objektiven Bedingungen des historisch gewachsenen Kontexts. ³¹

Kurz: Eine Analyse von langfristigen Prozessen wie der Konsolidierung von politischen Systemen bedarf, anders als die Untersuchung von eher kurzfristigen, aus einer spezifischen historischen Situation resultierenden Übergangsprozessen, einer stärkeren Betonung der unterliegenden strukturellen Faktoren, die in einem komplexen Zusammenspiel, vermittelt über die Praxis der sozialen Akteure, die langfristigen Konsolidierungschancen bestimmen. ³² Daher hat eine Makroanalyse der CS in diesem Kontext Aussagekraft.

Warum eine stark institutionalisierte CS, deren Organisationen umfas-

send sind und über strategische Handlungsfähigkeit verfügen, im allgemeinen als positiv mit demokratischer Konsolidierung verknüpft gelten kann, wurde schon implizit erörtert. Je korporatistischer, im Gegensatz zu pluralistischer, die Struktur der Interessenvermittlung, desto positivere Effekte sind für den Konsolidierungsprozeß zu erwarten.³³

Dies wird insbesondere deutlich, wenn die Rolle der CS im osteuropäischen Transformationsprozeß genauer betrachtet wird, dessen primäres Charakteristikum die simultane ökonomische und politische Reform darstellt. Im so vorstrukturierten Kontext erlangt die Unterstützung des Reformprozesses durch eine *organisierte soziale Basis* zentrale Bedeutung, zumal die moralische Legitimation der Reformkräfte über das Erringen des Systemwechsels sich im politischen Alltag aufbraucht. Neben der generalisierten politischen Unterstützung der Reformmaßnahmen stehen insbesondere Parteien, Verbände und Gewerkschaften vor der Aufgabe, ihre Basis zu sensibilisieren für den Verzicht auf kurzfristige materielle Interessen zugunsten von Vorteilen, die sich erst spät materialisieren und über mehrere Generationen erstrecken. Das Dilemma besteht darin, ökonomische Reformen, die mit Realeinkommensverlusten für zumindest einige Gruppen gekoppelt sind, mit schocktherapeutischen Mitteln zu initiieren und vor politischem Druck von Interessengruppen abzuschirmen,³⁴ dann aber in einer zweiten Phase die Konsolidierung der Reformen politisch zu moderieren und im Dialog mit Interessengruppen zu verfestigen, ohne die demokratischen Institutionen zu unterminieren.³⁵

Vor ähnlichen Problemen standen und stehen eine Reihe lateinamerikanischer Staaten bei der Implementation von Strukturanpassungsprogrammen.³⁶ Als notwendige Bedingung für das langfristige Gelingen des Reformprozesses erwies sich laut einer komparativen Studie die Etablierung von Konsultationsmechanismen und politischen Vermittlungsinstanzen zwischen Reformträgern und betroffenen Gruppen mit dem Ziel,³⁷ die Reformen auf ein politisch stabiles Fundament zu stellen und die Entfremdung weiter Bevölkerungsteile vom demokratischen Prozeß zu vermeiden. Um eine spätere Verschärfung des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit zu vermeiden, müßten insbesondere die Belange der Arbeiterklasse in den politischen Prozeß reinkorporiert werden.³⁸ Der resultierende Widerspruch zwischen der Logik der strukturellen Reform und der Einräumung von Partizipationsmöglichkeiten ndvers betroffener kollektiver Akteure ist jedoch nur schwer auflösbar. Die entfachte politische Dynamik solcher Konstellationen kann leicht in politische Destabilisierung und erneute politische Zentralisierungsschübe münden.³⁹ Empirische Fallstudien zur Relation zwischen demokratischer Konsolidierung

und der Bewältigung ökonomischer Krisenbedingungen zeigten, daß die entscheidende Variable zur Erklärung der Überlebensfähigkeit demokratischer Regime der Grad der Institutionalisierung des Systems der Interessenrepräsentation ist, insbesondere von Parteien und Interessenverbänden.⁴⁰ Remmer ermittelte sogar einen Zusammenhang zwischen einem stabilen Zwei-Parteien-System und politischer Stabilität.⁴¹ Als nicht der Demokratisierung förderlich wird generell ein fragmentiertes, polarisiertes Multiparteiensystem erachtet.⁴²

Im Mittelpunkt des Interessenausgleichs steht der von seinen Entstehungsbedingungen her anspruchsvolle *Sozialpakt* als prädestiniertes Instrument des Austauschs von Lohnzurückhaltung und Akzeptanz struktureller Reform auf Seiten der Gewerkschaften gegen die Gewährung der Tarifautonomie, sozialer Kompensationen und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen seitens Staat und Wirtschaft. Ziele eines solchen Sozialpakts sind die Schaffung politischer Reformgrundlagen sowie die Eindämmung von inflationären Tendenzen über die Stabilisierung von Erwartungen.⁴³ Allerdings bestätigte die Neokorporatismusforschung einem solchen Sozialpakt, daß er als dauerhaftes Instrument zur Aushandlung von Lohnverzicht bei bevorstehender Entindustrialisierung und zur Verwaltung erschöpften Verteilungsspielraumes versage.⁴⁴ Dies gilt um so mehr, wenn rivalisierende Interessenvertretungen, die sich aus der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung ziehen und die bornierte Repräsentation von Partikularinteressen qua radikaler Forderungen betreiben, die Erfolgsaussichten solcher Abkommen unterminieren.

Der Prozeß der demokratischen Konsolidierung trifft folglich in den Reformstaaten auf um so günstigere Bedingungen, je fortgeschrittener der Grad der Institutionalisierung der CS und je relevanter damit ihr potentieller Beitrag zur Legitimation der Reformen.

4. Bedeutung und Realität der Civil Society im polnischen Transformationsprozeß

In Anlehnung an obige Definitionen können die ersten völlig demokratischen Wahlen zum Sejm, dem polnischen Unterhaus, am 27. Oktober 1991 sowie die Annahme der vorläufigen „Kleinen Verfassung“ durch den Sejm Anfang August 1992 als Eckpfeiler der Beendigung des Regimewechsels in Polen gelten. Die beiden Ereignisse markieren die Beseitigung der wichtigsten institutionellen Residuen des kommunistischen Regimes im polnischen Regierungssystem. Durch die Wahlen vom Oktober 1991

wurde das im Juni 1989 gewählte Unterhaus neu bestellt, das gemäß den Vereinbarungen des „Runden Tisches“ 65 Prozent seiner 460 Sitze für Kommunisten und Blockparteien reserviert hielt und dessen Komposition nur zu 35 Prozent aus freier Wahl hervorging. Mit dem Beschluß der „Kleinen Verfassung“ als vorläufige Verfassung bis zur Verabschiedung eines gänzlich neuen Grundgesetzes wurden die Kompetenzen zwischen Parlament, Regierung und Staatspräsident neu geregelt. Das Gesetzeswerk ersetzte in diesen Punkten die stalinistische Verfassung von 1952. Schließlich wurde mit dem Wahlsieg der Reformkommunisten (SdPR) im Bund der demokratischen Linken (PSL) vom 19. September 1993 und der anschließenden Regierungsbildung mit der Bauernpartei (PSL) auch die Hürde des „doppelten Machtwechsels“ genommen. Polens Demokratie befindet sich in der Konsolidierungsphase.

Welche Bewandnis hat die obige theoretische Analyse für Osteuropa und Polen? Historisch betrachtet äußerte sich in Mitteleuropa das Fehlen autonomer Machtsphären und endogener industrieller Entwicklung in Zentralisierungstendenzen. Der Staat wurde zwangsläufig zum Träger einer nachholenden Modernisierung. In der Folge behinderte die prädominante Position des Staates selbst die Herausbildung einer reifen bürgerlichen Gesellschaft und Öffentlichkeit. Versuche, parlamentarische Institutionen westlichen Zuschnitts auf die unterentwickelte Zivilgesellschaft zu stützen, liefen auf demokratische Fassaden ohne reale politische Souveränität hinaus.⁴⁵

Die Auflösung der unabhängigen Assoziationen und ihre mangelnde ökonomische Grundlage im Realsozialismus stellt die Revitalisierung der CS vor schwerwiegende Probleme. Verschiedentlich wird die in Osteuropa entstandene „*Second Society*“, Produkt der Ablehnung des kommunistischen Systems, die sich v.a. aus einem lose gekoppelten Netz kultureller, intellektueller und gewerkschaftlicher Gegenaktivitäten zusammensetzte, als funktionales Äquivalent zur CS verstanden.⁴⁶

Die polnische Gegengesellschaft gewann ihre institutionelle Identität im Zuge der Streikwelle vom August 1980 in Gestalt der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarnosc*. Die Einheit der in dem heterogenen Sammlungsforum umfaßten Interessen entstand jedoch nur artifiziiell in der Konfrontation mit dem übermächtigen Staat. Die Sprengkraft der v.a. aus dem dualen Charakter der Organisation, politisch und gewerkschaftlich, resultierenden inneren Antagonismen entfaltete sich nach der Überwindung des alten Regimes. Zu Beginn der achtziger Jahre zählte die Volksbewegung *Solidarnosc* noch 9,5 Mio. Mitglieder, im Juni 1989 war die Mitgliederzahl der Gewerkschaft bereits auf 1,6 Mio. gesunken.⁴⁷ Die Binnendif-

ferenzierung spaltete zunächst einen parteipolitischen Flügel von der nationalen Sammlungsbewegung ab. Dieser differenzierte sich soweit aus, daß in das im Oktober 1991 gewählte Parlament sechs verschiedene Post-Solidarnosc Parteien oder Parteiallianz mit grundverschiedenen ideologischen Profilen und programmatischen Inhalten einzogen.⁴⁸ Nach der gewerkschaftlichen Neugründung der NSZZ Solidarnosc rekrutiert sich die Basis der Gewerkschaft überwiegend aus den veralteten Sektoren der Großindustrie, die primär für Ziele der materiellen Besitzstandswahrung optiert.⁴⁹

Trotz des Zerbrechens der innerorganisatorischen Klassenallianz und der funktionalen Differenzierung innerhalb der Organisation selbst, fühlten sich große Teile der Solidarnosc bis 1993 für den Erfolg des Reformprozesses und dessen soziale Flankierung verantwortlich, indem sie die Reformen politisch unterstützten. Der Spagat zwischen dem disziplinierenden Auftreten als politischer Ordnungsfaktor und genuiner betrieblicher Interessenvertretung (oftmals ein massives Interesse am Erhalt alter Strukturen) erwies sich als Gratwanderung. Solidarnosc hatte nicht nur die alte Staatsgewerkschaft OPZZ mit circa 4 Mio. Mitgliedern zur Konkurrenz, die sich paradoxerweise als Artikulationsforum der materiellen Arbeitnehmerinteressen profilieren konnte, sondern ranste an den Rändern durch Abspaltungen (z.B. „Solidarnosc 80“) aus und wurde gleichzeitig durch die Neuformierungen militanter gewerkschaftlicher Gruppierungen auf Konfrontationskurs mit der Regierung unter Druck gesetzt.⁵⁰ Mit den Streiks in den schlesischen Kohleminen um die Jahreswende 1992/93, der Entscheidung der Solidarnosc-Führung gegen das Staatsbudget zu stimmen im Februar und den nationalen Streikwellen der Beschäftigten im öffentlichen Sektor im Mai 1993 zerbrach das stillschweigende Einverständnis mit dem Reformprozeß nach der unnachgiebigen Haltung der Regierung.⁵¹ Das am 27. Mai folgende Einbringen eines Mißtrauensvotums seitens der Solidarnosc stürzte letztendlich die Regierung von Hanna Suchocka. Die Arbeitslosigkeit hatte inzwischen ein Niveau von über 14 Prozent erreicht.

Konnte sich das Balcerowicz-Stabilisierungsprogramm noch auf den von der moralischen Autorität der Solidarnosc mobilisierten Konsensus stützen, so war zur weiteren sozialen Flankierung des Reformprozesses ein *Sozialpakt* (nach neo-korporativem Muster als tripartites Gremium) seit den Streikwellen im Sommer 1992 diskutiert worden.⁵² Im Februar 1993 wurde der „Pakt über die Staatsunternehmen“ unterzeichnet, der Prinzipien und Zeitvorgaben für die Privatisierung und Restrukturierung von Staatsbetrieben sowie die Kompensation der Beschäftigten (sowie die

zentralisierte Aushandlung von Maximallöhnen nach Branchen durch tripartite Gremien) festlegte.⁵³ Allerdings wurde der Pakt von der Regierung Pawlak nur auszugsweise in Kraft gesetzt. (NZZ 05.03.1995). In der Entourage des für die Wirtschaftspolitik zuständigen Vizepremiers Kolodko wurde jedoch weiter an einer Verständigung zwischen den politischen Eliten und funktionalen Interessenverbänden über die essentiellen Reformschritte gearbeitet, um die gesellschaftliche Basis für die erarbeitete „Strategie für Polen“, die Handlungsrichtlinien für die Jahre 1994-1997 festlegt, zu festigen.⁵⁴

Das polnische *Parteiensystem* befindet sich seit den Wahlen zum Sejm im September 1993 in der Kondensierungsphase. Zwar waren März 1992 131 politische Parteien registriert,⁵⁵ von denen dank eines extremen Verhältniswahlrechtes und des Fehlens von Eintrittsbarrieren insgesamt 29 im Oktober 1991 in den Sejm zogen. Keine der gewählten Parteien erhielt mehr als 12,3 Prozent der Stimmen, wobei von einer Zersplitterung der Parteien in drei grobe Blöcke, darunter eine parlamentarische Mitte aus Post-Solidarnosc Parteien von knapp 40 Prozent der Stimmen, gesprochen werden konnte. Doch nach den Modifikationen im Wahlrecht zogen im September 1993 nur noch sechs Parteien (exklusive der deutschen Minderheit) in den Sejm ein. Die Sieger der Wahl, das postkommunistische Wahlbündnis SDL mit 20,7 Prozent und die Polnische Bauernpartei mit 15,3 Prozent der Stimmen, sind gleichzeitig die beiden Parteien, bzw. Wahlbündnisse, mit der größten gesellschaftlichen Verankerung. Die SDL hat ihre Basis in den Massenorganisationen des alten Systems, v.a. der OPZZ und dem Lehrerverband; die PSL stützt sich einseitig auf Agrarinteressen. Beider Klientel verbindet ein defensives Interesse am Reformprozeß, wenn auch die Interessengegensätze zwischen beiden gravierend sind.⁵⁶

Aufgrund der eingeführten Einzugshürden und des Multiplikatoreffekts des Wahlrechts kontrollieren PSL und SLD mit nur 36 Prozent der abgegebenen Stimmen 303 der insgesamt 460 Sitze im Sejm. Da PSL und SLD auch 73 von 100 Sitzen im Senat gewannen, besitzen sie eine für Verfassungsänderungen und das Überstimmen eines präsidentiellen Vetos ausreichende Zweidrittelmehrheit. Insgesamt 34 Prozent der abgegebenen Stimmen gingen an nicht im Parlament vertretene Parteien vornehmlich des rechten Spektrums. Die implizierte Lücke in der parlamentarischen Repräsentation beeinträchtigt zwar die Legitimität des Sejm, bestraft wurden aber v.a. kooperationsunfähige Parteien. Anzumerken bleibt, daß der radikal-populistische, reformfeindliche Teil des Parteienspektrums (Konföderation Unabhängiges Polen KPN, etc.) nur 11,56

Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte, und nur durch die KPN vertreten ist. Wenn man die Wahlbeteiligung in Höhe von nur 52 Prozent miteinbezieht, wurde die Regierungsmehrheit in Höhe von 66 Prozent aller Mandate von 18,72 Prozent des Elektorsats bestellt.⁵⁷

Die Ergebnisse der Wahlen in Polen im September 1993 und in Ungarn im Mai 1994 mit dem Erdrutschsieg der postkommunistischen MSZP wurden gemeinhin nicht als Protestwahl gegen die Reformen an sich, sondern als Votum für einen „capitalism with a human face“⁵⁸ bzw. für eine verbesserte soziale Abfederung des Reformprozesses und eine größere Rolle des Staats interpretiert.⁵⁹

War zu Beginn des Systemwandels konstatiert worden, daß die *politischen Konfliktlinien* in Osteuropa dauerhaft durch eine Präokkupation mit der symbolisch-kulturellen Dimension von Politik mit Nation und Kirche als positiven Koordinaten geprägt sein würden, da ein kohärentes Parteiensystem und tragfähiger politischer Pluralismus aufgrund der noch unstrukturierten gesellschaftlichen Interessengegensätze erschwert würden, demonstrierten die Wahlergebnisse die sich herauskristallisierende Dominanz sozio-ökonomisch zentrierter Konfliktlinien.

Die Frage nach der möglichen Autonomie der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber dem Staat verweist auf die Rolle einer unabhängigen „*Bourgeoisie*“. Ein zentrales Dilemma in den Reformstaaten ist, daß jahrzehntelange kommunistische Herrschaft bei einem Anteil des Staatssektors von bis zu 98 Prozent die Institution des Privateigentums weitestgehend liquidierte. Im Postkommunismus wird der Staat daher zum unternehmenden Subjekt der Transformation, welche er im Namen von lediglich „theoretischen Interessen“ vorantreibt,⁶⁰ sind doch in der postkommunistischen Gesellschaft private Akteure mit langfristigen Profitinteressen noch kaum präsent.⁶¹ Aufgrund der hohen Wohlfahrtsverluste in den ostmitteleuropäischen Staaten im Zuge der die Binnennachfrage drosselnden makroökonomischen Stabilisierung und Liberalisierung sowie des Abbruchs der Handelsbeziehungen im Rahmen des RGW erlangten kurzfristige Defensivinteressen in der ersten Reformphase ein strukturelles Übergewicht. Auch in der folgenden, zweiten Reformphase, die durch einen beschleunigten Strukturwandel und Modernisierung des Produktionsapparates mitsamt den einhergehenden Friktionen auf den Arbeitsmärkten gekennzeichnet sein wird, bleiben die Interessen der Transformationsverlierer ein politischer Faktor. Der bisherige Verlauf des Reformprozesses in Osteuropa hat zwar gezeigt, daß das Festhalten der politischen Eliten am Reformprozeß, sei es mangels praktikabler Alternativen, sei es aufgrund des Einflusses der internationalen Gemeinschaft und

ihres Sanktionspotential in Form von Schuldenerleichterungen, Wirtschaftshilfen und Kreditzusagen sowie sicherheitspolitischen Zugeständnissen, ausreicht, um marktwirtschaftliche Reformen voranzutreiben. Selbst nach den Wahlsiegen ex-kommunistischer Parteien führten neue Administrationen, wie in Polen unter dem parteilosen Finanzminister Grzegorz Kolodko, in wesentlichen Punkten den eingeschlagenen liberalen Reformkurs fort, wenn auch mit Akzentverschiebungen wie z.B. in Bezug auf die Industriepolitik und die Rolle des Staates bei der Restrukturierung von Unternehmen.⁶² Doch stellt sich langfristig die Frage nach den Trägergruppen der Reformen und der Kompatibilität von technokratisch geprägter Wirtschaftspolitik und der Konsolidierung der demokratischen politischen Systeme.

Ein Lösungsweg wird in einer rapiden *Privatisierung* gesehen, um eine sozialstrukturelle Mindestschwelle der Transformation zu überschreiten, d.h. eine kritische Masse von sozialen Akteuren mit Eigeninteresse am Erfolg des Reformprozesses ins Leben zu rufen. Diese Alternative war auch die Präferenz der Architekten der neoliberal geprägten Reformprogramme in Osteuropa, die in Folge der Wiederherstellung eines makroökonomischen stabilen Rahmens ein rasches Wachstum basierend auf privater Wirtschaftstätigkeit erwarteten. Die Zunahme des privaten Sektors sollte dann eine die Demokratie stützende Mittelschicht hervorbringen.

In Polen waren Ende 1994 noch 5096 Staatsbetriebe zu privatisieren, 3068 befanden sich im Prozeß der Privatisierung und 1308 darunter wurden bis Ende November privatisiert bzw. liquidiert. Lediglich 135 mittlere oder größere Unternehmen wurden bis zu diesem Zeitpunkt mittels der „Kapitalprivatisierung“ (Verkauf an Investoren oder Gang an die Börse) privatisiert. Das stagnierende Programm zur Massenprivatisierung, das versuchsweise 444 mittlere und größere Unternehmen mit insgesamt etwa 500.000 Beschäftigten umfaßt und bereits 1991 konzipiert wurde, sieht vor, das Kapital der Unternehmen zu je 60 Prozent auf 13 bis 15 zu gründende Nationale Investitionsfonds⁶³ sowie zu 15 Prozent auf die Mitarbeiter und zu 25 Prozent an das Schatzamt zu verteilen. Alle erwachsenen Staatsbürger können dann gegen einen geringen Verkaufspreis Anteile an den Fonds erwerben. Ein großer Teil aller übrigen Staatsbetriebe sollte nach an der Regierung Pawlak ausgearbeiteten Vorstellungen eine Massenkommerzialisierung durchlaufen, bei der diese in Aktiengesellschaften in Staatseigentum umgewandelt werden. (NZZ 05.03.1995) Im Kleinhandel und in der Kleinindustrie, in der Gastronomie, im Druck- und Baugewerbe sowie im Handwerk, allesamt

gekennzeichnet durch ihren geringen Kapitalbedarf und eher geringe technologische und wirtschaftliche Komplexität, waren schon Anfang 1993 80-100 Prozent aller Betriebe privatisiert.⁶⁴ Das Tempo der Privatisierung der staatlichen Großbetriebe stockt aus Gründen des Kapitalmangels, der administrativen Engpässe, der geringen Attraktivität des angebotenen Produktivkapitals⁶⁵, aber v.a. aufgrund der politischen Sensibilität der mit der Privatisierung verbundenen Umverteilung von Eigentum und der daraus resultierenden schwierigen politischen Umsetzung.

Ende 1994 entfielen 61 Prozent der gesamten Beschäftigung und 56 Prozent der Wertschöpfung auf den privaten Sektor, der einen Anteil von 38 Prozent an der Industrieproduktion innehatte.⁶⁶ Allerdings entfallen nur 12,5 Prozent aller nicht-landwirtschaftlichen Beschäftigten auf kleine und mittlere Betriebe mit mehr als fünf Angestellten.⁶⁷ Somit kann für den privaten Sektor noch nicht von einem breiten industriellen Mittelstand ausgegangen werden und damit auch nicht von einer Grundlage für die Institutionalisierung des Klassenkonflikts in Form von staatslosen Auseinandersetzungen entlang der selbstorganisierten Interessenvertretungen von Kapital und Arbeit gemäß deren Verwertungs-, bzw. Reproduktionsinteresse.⁶⁸ Dieser Befund impliziert jedoch nicht, daß, der Modernisierungstheorie folgend, die Demokratie in Polen auf tönernen Füßen stünde, da es an der tragenden Säule der unabhängigen Mittelschichten mangle. Vielmehr existieren diese Mittelschichten. Die strukturelle Voraussetzung ihrer Unabhängigkeit vom Staat ist allerdings nicht ihr Eigentum an Produktionsmitteln sondern die universelle Verwendbarkeit ihrer erworbenen Qualifikation in einer Gesellschaft, die aufgrund der Konkurrenz des privaten Sektors nicht länger durch eine Monopolisierung der Arbeitskräftenachfrage durch den Staat gekennzeichnet ist.⁶⁹ Aufgrund des gestiegenen Wertes ihrer Qualifikationen auf den Arbeitsmärkten zählen die professionellen Mittelschichten zu den Transformationsgewinnern und damit auch zu den potentiellen Trägergruppen der Reformen.

Zweifel am Charakter der entstehenden Bourgeoisie in Osteuropa läßt die insbesondere in Rußland verbreitete *Nomenklatura-Privatisierung* aufkommen. Diese bezeichnet die Strategien, mit der die ehemalige Nomenklatura ihren politischen Einfluß, Positionen und Kontakte geltend macht, um nicht über den Markt gehandelte Eigentumstitel über Staatsbesitz bzw. -unternehmen unter dem Marktpreis zu erwerben und somit Monopolrenten einzustreichen.⁷⁰ Typischerweise war auch in Polen der entstehende private Sektor eng mit dem Staatssektor über begünstigende Liefer- oder Abnehmerbeziehungen verbunden.⁷¹ Das damit einhergehen-

de Interesse an staatlich begründeten Monopolstellungen läßt die neuen Produzenten als ein nur zweifelhaftes Gegengewicht zum Staatsapparat erscheinen. Entstanden in einer Situation des unvollkommenen Wettbewerbs an der Schnittstelle zwischen Staat und Markt und ökonomisch in Symbiose mit Teilen des Staatssektors, könnten die neuen privaten Eigentümer dazu tendieren, Allianzen mit dem Staatsapparat einzugehen, um sich der Subvention und der Protektion vor dem Konkurrenzdruck des Marktes zu versichern.⁷² Dies umso mehr in Regionen, wo die Interaktionsstrukturen zwischen staatlichen Stellen und Unternehmen durch eine gewachsene regionale Monopolisierung des Angebots an Beschäftigung und Wertschöpfung durch einzelne Großbetriebe geprägt und staatliche Stellen zur Erfüllung ihrer Aufgaben von diesen Ressourcen abhängig sind.⁷³

Der Widerspruch zwischen der Einführung pluralistischer Institutionen und einer noch unterentwickelten CS in Osteuropa unter den Bedingungen der Transformation⁷⁴ verursacht zentrifugale Tendenzen des politischen Wettbewerbs und schränkt die parlamentarische Handlungsfähigkeit ein. Der resultierende Konflikt zwischen exekutiver Effizienz und demokratischer Repräsentation löste in Polen einen Zentralisierungsschub in Richtung der Vertiefung des Präsidialamtes aus.⁷⁵

Die Verlagerung von politischer Kompetenz in die Präsidialkanzlei fand in der Stärkung dieses Amtes im Rahmen der „Kleinen Verfassung“ ihren Ausdruck. Zu den wesentlichsten, jedoch nicht unumstrittenen Punkten gehört das Recht des Präsidenten, in bestimmten Situationen nach eigenem Ermessen, wie bei der Nicht-Verabschiedung des Budgets innerhalb von drei Monaten nach Einbringung in das Parlament, Sejm und Senat aufzulösen sowie Neuwahlen anzusetzen. Allerdings nahm der Sejm am 3. Februar 1995 eine Resolution an, wonach eine vorzeitige Parlamentsauflösung durch den Präsidenten für verfassungswidrig erklärt wurde. Die sich daraus ergebenden Rechtsverhältnisse blieben unklar. (SZ.06.02.1995) Sofern es dem Sejm nach Ablauf eines bestimmten Verfahrens nicht gelungen ist, eine Mehrheit für den designierten Premierminister zu finden, gebührt dem Präsidenten fernerhin das Recht, eine provisorische Regierung für die Dauer von sechs Monaten einzusetzen.⁷⁶

Gleichfalls kann der Präsident mit seinem Veto die Verabschiedung von Gesetzen blockieren. In diesem Fall kann der Sejm das Veto nur mit Zweidrittelmehrheit überstimmen. Diese Konstellation beinhaltet auch die Möglichkeit der Blockade der Regierungsarbeit durch eine Obstruktionspolitik des Präsidenten, wie sie bei der Verabschiedung des Budgetgesetzes für 1995 konstatiert wurde.⁷⁷

Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reform in Osteuropa

Zwar räumte die Regierung Pawlak anfänglich dem amtierenden polnischen Präsidenten Walesa gemäß dem in der „Kleinen Verfassung“ festgelegten Primat des Präsidenten in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik ein Mitbestimmungsrecht bei der Besetzung des Verteidigungs-, Innen- und Außenministeramtes ein,⁷⁸ doch war die Interpretation der Verfassung auch in diesem Punkt umstritten, und die Ministerien für Verteidigung und Äußeres blieben seit dem Herbst 1994 vakant. Der designierte polnische Regierungschef Oleksy war bei der Regierungsbildung Anfang März 1995 im Interesse einer zügigen Regierungsbildung nach dem Rücktritt Pawlaks vom 7. Februar 1995 zwar zu Konzessionen gegenüber den Kandidaten Walesas für die Schlüsselressorts Äußeres und Verteidigung bereit, zuvor hatte er jedoch mehrfach das Mitentscheidungsrecht des Präsidenten der Verfassung nach verneint. (NZZ 05.03.1995).

5. Resümee: Implikationen für Osteuropa

Ein sozio-ökonomisches Fundament in Form einer dezentralisierten, zumindest teilweise privaten und dem Wettbewerb ausgesetzten Ökonomie erscheint als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für die Herausbildung von unabhängigen und handlungsfähigen Stützen der pluralistischen Zivilgesellschaft. Solche Pfeiler sind in kompromiß- und strategiefähigen, umfassenden Gewerkschaften und Unternehmerverbänden und einem konsolidierten Parteiensystem zu sehen. Diese haben die Aufgabe der Integration von Interessen und der Akkommodation von Interessegegensätzen. Polen hat wie die anderen ostmitteleuropäischen Demokratien seit der verhandelten Revolution Fortschritte bei der Institutionalisierung seiner CS in verschiedenen Bereichen und damit auf dem Weg zur demokratischen Konsolidierung erzielt. Ausschlaggebende Faktoren bei den Konsolidierungsprozessen in diesen Staaten dürften jedoch die positiven Interessen der professionellen Mittelschichten am Fortgang des Reformprozesses sein sowie, indirekt, die Anreize für die politischen Eliten, die sich aus der Nähe zu Westeuropa und zur EU ergeben; räumlich, politisch, sicherheitspolitisch und zu den jeweiligen Märkten.

In Teilen Osteuropas und der GUS sind Demokratien entstanden, die formell als pluralistisch charakterisiert werden können, aber aufgrund der unterentwickelten CS und der mangelhaften Institutionalisierung ihrer Regierungssysteme nicht mit repräsentativen Demokratien westlichen Zuschnitts verglichen werden können. Gemeinsam ist diesen Staaten, daß

sie eine schwere sozio-ökonomische „Transformationskrise“ durchlaufen und noch kein funktionierender Marktmechanismus in diesen Ländern gegriffen hat. Die politischen Implikationen sind oftmals ein Leerlaufen der demokratischen Partizipations- und parlamentarischen Mitwirkungsrechte, ihre Überlagerung durch außerparlamentarische Formen der Einflußnahme und die nur ungenügend kontrollierte Machtausübung durch die per plebiszitärer Wahl bestellten höchsten Funktionsträger der Exekutive.⁷⁹ O'Donnell prägte für diese zwar per Wahl legitimierte, aber autoritär regierten Systeme den Ausdruck „delegative democracy“. Diese „Demokratien“ sind weniger von einem Umschlagen des politischen Prozesses in auch formell autoritäre Politikmuster als von einem zunehmenden Prozeß der Deinstitutionalisierung und des politischen Verfalls bedroht.

In postkommunistischen Gesellschaften mit geschwächtem Zentralstaat, wie in Rußland, besteht weniger die Gefahr eines Staatskorporatismus mit klientelistischer Anbindung von anderen Gruppen als vielmehr die der pluralistischen Verselbständigung regionaler oder lokaler Machtzentren mit dem Ergebnis eines neo-feudalistischen Konglomerats interagierender Elitenkartelle. Hingegen sind in rohstoffreichen Ländern der GUS oder Regionen Rußlands auch staatsautoritäre Varianten der Herrschaftsausübung mit aus Rohstoffrenten finanzierter klientelistischer Anbindung von gesellschaftlichen Gruppen denkbar.

- 1 S. Meuschel, *Zivilgesellschaft im Postsozialismus?*, in: *Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung*, Jg. 3 (1993) H. 4, S. 49. - Was noch freundlich ausgedrückt ist. Blaney und Pasha werden dort schon bestimmter: „We note first that the common employments of the concept ignore the theoretical and historical specificity of CS: CS is used to label any group or movement opposed to the state, regardless of its intent or character, or used so generically that it is indistinguishable from the term ‚society‘.“ D. L. Blaney/M. K. Pasha, *Civil Society and Democracy in the Third World: Ambiguities and Historical Possibilities*, in: *Studies in Comparative International Development*, Bd. 28 (1993) H. 1, S. 3. Dubiel zufolge machte das Konzept Karriere, da „es sich als Projektionsfläche für Vorstellungen eignet, die wegen ihrer internen Undeutlichkeit und der Vielfalt ihrer zeitgeschichtlichen Bezüge noch nicht unmittelbar artikulierbar sind.“ H. Dubiel, *Der entfesselte Riese? Die ‚zivile Gesellschaft‘ und die liberale Demokratie nach 1989*, in: C. Leggewie (Hrsg.), *Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik*, Darmstadt 1994, S. 49.
- 2 Vgl. die Differenzierung der beiden Kontexte ebenda, S. 51.
- 3 Vgl. J. Keane, *Democracy and Civil Society*, London/New York 1988, S. 14; L. Diamond, *Toward Democratic Consolidation*, in: *Journal of Democracy*, Bd. 5 (July 1994) H. 3, S. 5-7; Ph. C. Schmitter, *Some Propositions about Civil Society and the Consolidation of Democracy*, Wien 1993, S. 1.

Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reform in Osteuropa

- 4 Von den traditionellen Austauschbeziehungen zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie ganz abgesehen, existierte z.B. in Polen bis 1993 eine Parlamentsgruppe der Solidarnosc. „In den 1989 bzw. 1990 gewählten Parlamenten der UdSSR bzw. der Unionsrepubliken gehörten die von Staatsdirektoren gebildeten Fraktionen zu den wenigen kohäsiven und vergleichsweise einflußreichen politischen Blöcken. Die in den Parlamenten entstandenen Strukturierungsformen organisierter Wirtschaftsinteressen wurden zur organisatorischen Basis der ersten dezidiert als ‚Interessenverbände‘ auftretenden Vereinigungen...“ H. Wiesenthal/P. Stykow, *Unternehmerverbände im Systemwechsel. Entwicklung und Status organisierter Wirtschaftsinteressen in den Transformationsprozessen Ostmitteleuropas und Rußlands*, Arbeitspapier AG TRAP 94/5, Arbeitsgruppe Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern, Berlin 1994, S. 15.
- 5 Horizontale Kontrolleffekte treten neben die vertikale Kontrolle von politischen Repräsentanten und Institutionen durch Wahl und die damit implizierte Möglichkeit der Abwahl. Erstere werden alltäglich durch die interaktive und beobachtende Teilnahme am politischen Prozeß durch die vernetzte CS ausgeübt und stellen eine Form von Öffentlichkeit dar. Vgl. G. O'Donnell, *Delegative Democracy*, in: *Journal of Democracy*, Bd. 5 (Jan. 1994) H. 1, S. 59.
- 6 Vgl. u.a. S. Huntington, *Will More Countries Become Democratic*, in: *Political Science Quarterly*, Bd. 99 (Summer 1984) H. 2, S. 203; D. Rueschemeyer/E. H. Stephens/J. D. Stephens, *Capitalist Development and Democracy*, Cambridge 1992, S. 47-51; L. Diamond/J. J. Linz/S. M. Lipset (Hrsg.), *Democracy in Developing Countries. Latin America*, Boulder 1989, S. 21-23; L. Diamond, *Toward Democratic Consolidation* (Anm. 3), S. 5-15.
- 7 A. Arato, *Civil Society Against the State: Poland 1980-81*, in: *Telos*, (1981) H. 47, S. 23-47.
- 8 Vgl. für diesen Abschnitt die ausführliche Diskussion in H. Wiesenthal, *Die „Politische Ökonomie“ des fortgeschrittenen Transformationsprozesses und die (potentiellen) Funktionen intermediärer Akteure (I.)*, Arbeitspapier AG TRAP 93/1, Berlin 1993, S. 11, 18.
- 9 Ebenda, S. 14.
- 10 Ebenda.
- 11 Ph. C. Schmitter, *Reflections on Where the Theory of Neo-Corporatism Has Gone and Where the Praxis of Neo-Corporatism May Be Going*, in: G. Lehmbruch/Ph. C. Schmitter (Hrsg.), *Patterns of Corporatist Policy-Making*, London 1982, S. 262.
- 12 Ph. C. Schmitter, *Some Propositions* (Anm. 3), S. 2. Die Bedeutung und Handlungsfähigkeit von intermediären Institutionen bemißt Schmitter nach den aus der Organisations- und Korporatismus-Debatte stammenden Dimensionen „strategic capacity and encompassingness“. „Strategic Capacity“ bemißt sich nach dem Grad an Unabhängigkeit einer Organisation gegenüber individuellen Merkmalen der Mitglieder und an Unabhängigkeit gegenüber deren kurzfristigen Interessen bei der Verfolgung strategischer Ziele. „Encompassingness“ bezieht sich auf die Breite der innerhalb einer Organisation vertretenen spezialisierten Interessen und die Dichte der Mitgliedschaft. Vgl. Ph. C. Schmitter, *The Consolidation of Democracy and Representation of Social Groups*, in: *American Behavioral Scientist*, Bd. 35 (March/June 1992) H. 4/5, S. 438-439.
- 13 J. Szücs, *Three Historical Regions of Europe. An Outline*, in: J. Keane (Hrsg.), *Civil Society and the State. New European Perspectives*, London/New York 1988, S. 296-297.
- 14 Vgl. T. Bernhard, *Civil Society and Democratic Transition in East Central Europe*, in: *Political Science Quarterly*, Bd. 108 (1993) H. 2, S. 308. Geneusch ist aber nur die liberale, konstitutionelle Variante der polyarchischen Herrschaftsausübung verknüpft mit dem

- Engagement der Bourgeoisie für Handels- und Gewerbefreiheit und ihrem Kampf gegen die Prerogative der absoluten Macht. C. Lindblom, *Politics and Markets: The World Political Economic Systems*, New York 1977, S. 162-165. Die Inklusionsdimension, die eine polyarchische von einer demokratischen Regierungsform unterscheidet, mußte erst von der Arbeiterbewegung erkämpft werden. Rueschmeyer/Stephens/Stephens, *Capitalist Development* (Anm. 6), S. 57-63.
- 15 H. Eisenhans, *Structural Adjustment Requires more than only more Market Regulations, as Capitalist Market-Regulated Economics Require Local Technology Production and Expanding Mass Markets*, in: R. B. Jain/H. Bongartz (Hrsg.), *Structural Adjustment, Public Policy and Bureaucracy in Developing Societies*, New Dehli 1994, S. 80-81.
 - 16 Vgl. ders., *Dependencia, Unterentwicklung und der Staat in der Dritten Welt*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Bd. 27 (1986) H. 2, S. 133-156; ders., *The Logic of Profit and the Logic of Rent*, in: *Voice of Peace and Integration*, Bd. 1 (1992) H. 1, S. 5-44; ders., *Structural Adjustment* (Anm. 15). Der in diesem Zusammenhang wichtigste Unterschied zwischen Renten und Profiten liegt darin begründet, daß nur letztere dem kapitalistischen Konkurrenzprinzip unterworfen sind, und daher zur dauerhaften Realisierung der Reinvestition bedürfen, während Renten auf staatlich garantierten Monopolen beruhen und somit feste Verteilungskonkordien etablieren.
 - 17 Vgl. H. Eisenhans, *The Logic of Profit* (Anm. 16), S. 11-12; W. A. Lewis, *Economic Development with Unlimited Supply of Labour*, in: *Manchester School of Economic and Social Studies*, Bd. 22 (1954) H. 4, S. 139-191.
 - 18 J. M. Maravall/J. Santamaria, *Political Change in Spain and the Prospects for Democracy*, in: G. O'Donnell u.a. (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule: Southern Europe*, Baltimore 1986, S. 73.
 - 19 G. O'Donnell/Ph. C. Schmitter, *Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, Baltimore 1986; G. O'Donnell/Ph. C. Schmitter/L. Whitehead (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule: Southern Europe*, Baltimore 1986; diess. (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives*, Baltimore 1986. Insbesondere diess. (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule: Latin America*, Baltimore 1986, S. 3-5. 18; T. L. Karl/C. Schmitter, *Modes of Transition in Latin America, Southern and Eastern Europe*, in: *International Social Science Journal*, (1991) H. 128, S. 269-284; D. Nohlen/B. Thiebaut, *Transitionsforschung zu Lateinamerika: Ansätze, Konzepte, Thesen*, in: W. Merkel (Hrsg.), *Systemwechsel I. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*, Opladen 1994, S. 201. - G. L. Munck, *Democratic Transitions in Comparative Perspective*, in: *Comparative Politics*, Bd. 26 (1994) H. 3, S. 370 betont die Rolle epochaler politischer Führungspersönlichkeiten wie Jelzin, Mandela, De Klerk, Havel, Walesa, Gorbatschow und jetzt Rabin und Arafat.
 - 20 Vgl. S. Huntington, *Will More Countries* (Anm. 6), S. 198-202.
 - 21 Untersuchungen aus historisch-soziologischer Perspektive bestätigen, daß die Delegitimation eines Regimes in den Augen breiter Schichten keine Wirkung zeitigt, solange die relevanten politischen Kräfte und die staatlichen Repressionsapparate auf Seiten des Systems stehen. T. Skocpol, *Etats et Révolutions Sociales. La Révolution en France, en Russie et en Chine*, Paris 1985, S. 57-58. Vgl. auch J. Gilling, *Democracy and Civil Society: Growth Model and Area Diversity*, in: *Contemporary Southeast Asia*, Bd. 15 (Sep. 1993) H. 2, S. 237 zu Indonesien. Als weitere intervenierende Variable gelten, wie im Falle von Taiwan und Südkorea, die nach innen wirkenden Disziplinierungseffekte perzipionierter externer Bedrohungslagen.
 - 22 „A fairly stable, and prosperous undemocratic (city-) state with sustained socio-economic development, abundant perceived chances of upward social mobility and relatively

Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reform in Osteuropa

- corruption-free officials, can still enjoy a moderate degree of legitimacy and free from significant domestic pressure for democratization for a lengthy period." M. Sing, *Democratization in Hong Kong – An Anomaly to Modernization Theory*. Paper prepared for presentation at the World Congress of the IPSA, Berlin, 21.-25.08.1994, S. 36.
- 23 Die Aufgabe der Breshnew-Doktrin verminderte den perzipierten Grad der sowjetischen Interventionsbedrohung und gab den Akteuren den entscheidenden Impuls zu den in ganz Osteuropa einsetzenden Demokratisierungsprozessen. Am sowjetischen Veto mußten zuvor alle Demokratisierungsbemühungen scheitern. L. Whitehead, *East-Central Europe in Comparative Perspective*, in: G. Pridham/E. Herring/G. Sanford (Hrsg.): *Building Democracy. The International Dimension of Democratisation in Eastern Europe*, London 1994, S. 56.
- 24 Vgl. J. Staniszkis, *Dilemmata der Demokratie in Osteuropa*, in: R. Deppe u.a. (Hrsg.), *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, Frankfurt a.M. 1991, S. 326-347.
- 25 X. L. Ding, *Institutional Amphibiousness and the Transition from Communism: The Case of China*, in: *British Journal of Political Science*, Bd. 24 (1994), S. 298.
- 26 „In late communist societies many organizations that were described by observers as ‚independent‘ or ‚autonomous‘ and that worked hard to end communist rule, were actually in a parasitic relationship with party-state structures. They depended... on official structures for a political screen or legal protection, and for personnel and material support... Institutional conversion takes place when the upper level of a communist regime loses control of pseudo-social organizations, and members of society can partially convert these organizations from state agencies into instruments for the expression of ideals, or mobilization and coordination of interests against the party-state.“ Ebenda.
- 27 Diese ist gekennzeichnet durch die breite Beteiligung der Bevölkerung an Wahlen, die pluralistische Artikulation von Gruppeninteressen sowie durch die Herausbildung von die Gesellschaft penetrierenden politischen Parteien. G. Pridham, *Comparative Perspectives on the New Mediterranean Democracies: A Model of Regime Transition?*, in: ders. (Hrsg.), *The New Mediterranean Democracies: Regime Transition in Spain, Greece and Portugal*, London 1984, S. 12.
- 28 Vgl. M. Burton/R. Gunther/J. Higley, *Introduction. Elite Transformations and Democratic Regimes*, in: J. Higley/R. Gunther (Hrsg.), *Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe*, Cambridge 1992, S. 3; G. Di Palma, *To Craft Democracies. An Essay on Democratic Transition*, Berkeley/Oxford 1991, S. 143; L. Diamond, *Toward Democratic Consolidation* (Anm. 3), S. 15. Ähnlich könnte man mit Fuchs die Konsolidierung als Phase der Herausbildung einer alltäglicher und konkreter Unzufriedenheiten entlohnen generalisierten Systemunterstützung begreifen. D. Fuchs, *Eine Metatheorie des demokratischen Prozesses*, Berlin 1993, S. 92f. Bei empirischer Betrachtung sind allerdings Abstriche zu machen, da z.B. Remmer in ihren Untersuchungen zur Persistenz demokratischer Herrschaft in Lateinamerika keinerlei signifikanten statistischen Zusammenhang zwischen „demokratischer Reife“ (Systemalter) und Überlebensfähigkeit angesichts sozio-ökonomischer Krisen feststellen konnte. K. L. Remmer, *New Wine or Old Bottleneck? The Study of Latin America Democracy*, in: *Comparative Politics*, Bd. 23 (1991) H. 4, S. 490.
- 29 Vgl. A. Przeworski, *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge 1991, S. 51 und ähnliche Definitionen Ph. C. Schmitter, *Some Propositions* (Anm. 3), S. 1; G. L. Munck, *Democratic Transitions* (Anm. 19), S. 362; H.-J. Puhle, *Transitions, Demokratisierung und Transformationsprozesse in Südeuropa*, in: W. Merkel (Hrsg.), *Systemwechsel I. Theorien, Ansätze und*

- Konzeptionen. Opladen 1994, S. 176; D. Nohlen/B. Thibaut, *Transitionsforschung zu Lateinamerika* (Anm. 19), S. 200.
- 30 A. Przeworski, *Democracy and the Market* (Anm. 29), S. 32.
- 31 Vgl. zu diesem synthetisierenden Ansatz T. L. Karl, *Dilemmas of Democratization in Latin America*, in: *Comparative Politics*, Bd. 23 (Oct. 1990) H. 1, S. 1-21, und T. L. Karl/C. Schmitter, *Modes of Transition* (Anm. 19), die jedoch nicht deutlich genug zwischen Übergangs- und Konsolidierungsphase unterscheiden.
- 32 Ein Wandel der Perspektive in diese Richtung ist inzwischen auch bei Vertretern der „Transitions from Authoritarian Rule“-Schule eingetreten: „Acteur-led interpretations seem most relevant to the transition phase of democratisation, whereas more impersonal and involuntary factors acquire greater prominence during the consolidation phase.“ L. Whitehead, *Democracy by Convergence and Southern Europe. A Comparative Politics Perspective*, in: G. Pridham (Hrsg.), *Encouraging Democracy: The International Context of Regime Transition in Southern Europe*, Leicester 1991, S. 57.
- 33 „Where politics acquire class, sectoral or professional associations with both strategic capacity and encompassing scope, these units of CS play a more significant role in the consolidation process than where a great multiplicity of narrowly specialised and overlapping organizations emerge with close dependencies upon their members and/or interlocutors. Pluralist associations, in other words, weaken the role of interest intermediaries; corporatist ones strengthen it.“ Ph. C. Schmitter, *Some Propositions* (Anm. 3), S. 7.
- 34 Erfolgreiche Reformen unter obigen Bedingungen setzten in den allermeisten Fällen in der Anfangsphase eine technokratische Vorgehensweise und eine Isolation der Reformer vom politischen Prozeß voraus. Vgl. J. Nelson, *The Politics of Economic Transformation. Is Third World Experience Relevant in Eastern Europe?*, in: *World Politics*, Bd. 45 (April 1993) H. 3, S. 434-438. Für eine kritische Position L. C. Bresser Pereira/J. M. Maravall/A. Przeworski, *Economic Reforms in New Democracies: A Social-Democratic Approach*, Cambridge/New York/Melbourne 1993, S. 212-216, die einen „alternativen sozialdemokratischen Reformansatz“ propagieren.
- 35 Vgl. J. Nelson, *The Politics of Economic Transformation* (Anm. 34), S. 459. Technokratische Politikstile erhöhen formell-demokratische Institutionen aus, da oppositionelle Interessen nicht in den politischen Prozeß eingebunden werden mit der Folge, daß diese Interessen sich auf außerparlamentarische Formen der Teilhabe (Demonstrationen, politische Streiks, etc.) verlegen.
- 36 Vgl. u.a. die Beiträge in S. Haggard/R. Kaufman (Hrsg.), *The Politics of Economic Adjustment: International Constraints, Distributive Conflicts, and the State*, Princeton, NJ 1992 und J. Nelson, *The Politics of Economic Transformation* (Anm. 34).
- 37 J. Nelson, *The Politics of Economic Transformation* (Anm. 34), S. 441.
- 38 Ebenda, S. 439. Das Argument wird z.B. durch die politischen Konsequenzen der Exklusion der Arbeiterinteressen aus Südkoreas Entwicklungsmodell bestätigt. Die sich bis in die Demokratie hineinziehende, langandauernde Repression der südkoreanischen Gewerkschaften erzeugte eine für demokratische Institutionen nur schwer zu bewältigende Konflikintensität. Vgl. S.-J. Han, *What is New About the Korean Democratization? The Empowerment of the Middling Grassroots and their Future*. Paper prepared for presentation at the World Congress of the IPSA, Berlin, 21.-25.08.1994, S. 20. - Allerdings sollte man sich angesichts des geringen Verteilungsspielraumes der osteuropäischen Reformer keinen Illusionen hingeben. Ein sozialer Kompromiß verlangt Zugeständnisse, die angesichts der veralteten Produktionsanlagen, welche zudem auf Sektoren mit geringer Wertschöpfung und hoher ökologischer Belastung konzentriert sind, in denen weltweit

Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reform in Osteuropa

Überkapazitäten bestehen, nur schwer erreichbar scheinen, ohne die Logik der strukturellen Reform zu kompromittieren. Ost befürwortet mit Vehemenz die Organisation politischer Interessen nach von der Klassenstruktur vorgegebenen Konfliktlinien in Osteuropa („organizing antagonisms“). Nur über eine institutionelle Einbindung der Arbeiterklasse sei zu vermeiden, daß die ökonomisch begründeten Konfliktlagen sich in partikularistischen (nationalistisch, etc.) Formen der Interessenmobilisierung äußerten. D. Ost, *Labor, Class and Democracy: Organizing Antagonisms in Post-Communist Eastern Europe*. Paper prepared for presentation at the World Congress of the IPSA, Berlin, 21.-25.08.1994, S. 2-8.

- 39 Przeworski liefert eine exzellente Diskussion des politischen Spannungsfeldes und der induzierten Politikmuster. A. Przeworski, *Democracy and the Market* (Anm. 29), S. 180-187. Haggard und Kaufman sprechen von dem Cocktail simultaner ökonomischer und politischer Reform als einem „highly unstable equilibrium“. S. Haggard/R. Kaufman, *Economic Adjustment and the Prospects for Democracy*, in: diess. (Hrsg.), *The Politics of Economic Adjustment* (Anm. 36), S. 338.
- 40 Ebenda, S. 324. - Analysen im lateinamerikanischen Kontext ergaben eine hervorragende Bedeutung des Grades der Parteieninstitutionalisierung (verstanden im klassischen Sinne Huntingtons: Kohärenz, Komplexität, Autonomie, Anpassungsfähigkeit [S. P. Huntington, *Political Order in Changing Societies*, New Haven 1968, S. 12-24]) und auch der Anzahl und Konfiguration der Parteien im politischen System für den Demokratisierungsprozeß. (L. Diamond/J. J. Linz, *Introduction: Politics, Society and Democracy in Latin America*, in: L. Diamond/J. J. Linz/S. M. Lipset [Hrsg.], *Democracy in Developing Countries*. Latin America, Boulder 1989, S. 21-22). Allerdings sind auch autoritäre Regime stabiler, wenn sie durch korporatistische Organisationsformen oppositionelle Tendenzen klientelistisch anbinden.
- 41 K. L. Remmer, *The Political Impact of Economic Crisis in Latin America in the 1980s*, in: *American Political Science Review*, Bd. 85 (September 1991), H.3, S. 785.
- 42 Vgl. J. J. Linz, *Crisis, Breakdown and Reequilibration*, in: ders./A. Stepan (Hrsg.), *The Breakdown of Democratic Regimes. Part I*, Baltimore/London 1978, S. 24-27 und S. Haggard/R. Kaufman, *Institutions and Economic Adjustment*, in: diess. (Hrsg.), *The Politics of Economic Adjustment* (Anm. 36), S. 35.
- 43 Von nicht zu unterschätzender Bedeutung im lateinamerikanischen Reformkontext, gekennzeichnet durch hochgradig destabilisierende Erwartungshaltungen, ist der potentielle Beitrag solcher Sozialpakete, zur Stabilisierung von Verhalten und Verhaltenserwartungen. „Many individuals and enterprises continue to plan privately on the hypothesis that the latest stabilization effort (or the latest democratization effort) will in due course break down. Moreover, because they plan and act on this basis (however reluctantly and regretfully) they may help to bring about the very resurgence in inflation (or authoritarianism) that they are anticipating.“ Whitehead 1992: 1384. „In short, both democratic consolidation and economic liberalization rest on a common foundation: the manufacture of stabilizing expectations.“ Ebenda, S. 1386. Vgl. auch S. Haggard/R. Kaufman (Hrsg.), *The Politics of Economic Adjustment* (Anm. 36), S. 19-20.
- 44 In einem abschließenden Artikel über die Ergebnisse der Korporatismus-Debatte analysiert Schmitter den Niedergang solcher Arrangements in den entwickelten Industrieländern in den achtziger Jahren und kommt u.a. zu dem Ergebnis: „The surplus was simply not there to make the sort of side-payments which had facilitated compromises in the past, and intermediaries were noticeably reluctant to share responsibility for the management

- of declining resources.“ Vgl. Ph. C. Schmitter, *Corporatism is Dead! Long live Corporatism!*, in: *Government and Opposition*, Bd. 24 (1989) H. 1, S. 70.
- 45 G. Schöpllin, *The Political Traditions of Eastern Europe*, in: *Dardalus*, Bd. 119 (Winter 1990) H. 1, S. 61-76.
- 46 In der osteuropäischen Diskussion wurde die CS als Manifestation der aktiven Gesellschaft im Konflikt mit dem Staat verstanden. In dieser Situation konservierten sich innerhalb der CS auch vormoderne Attitüden mit marktfreundlichem Einschlag und einem „Bild der integralen Gesellschaft“. Vgl. K. v. Beyme, *Systemwechsel in Osteuropa*, Frankfurt a.M. 1994, S. 108-123.
- 47 A. Sabbat Swidlicka, *Solidarity Parts Company With Walesa*, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 2 (1993) H. 31, S. 3.
- 48 *Zentrumsallianz, Kongreß der Liberalen, Demokratische Union, Farmer-Solidarität, Arbeiter-Solidarität, Gewerkschafts-Solidarität.*
- 49 H. Fehr, *Mobilisierungprozesse und neue politische Konfliktlinien in Polen*, in: H. Meyer (Hrsg.), *Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie In Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme*, Berlin 1992, S. 1437-1438.
- 50 Vgl. A. Sabbat Swidlicka, *Summer Strikes: First Test for New Polish Government*, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 1 (1992) H. 34, S. 8-14. In Polen existierten Ende 1992 über 200 Gewerkschaften und 15 national agierende Gewerkschaftsbündnisse. L. Vinton, *Polish Government Proposes Pact on State Firms*, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 1 (1992) H. 42, S. 16.
- 51 Vgl. A. Sabbat Swidlicka, *Solidarity Parts Company With Walesa* (Anm. 47).
- 52 Die strukturellen Voraussetzungen eines solchen Paktes sind aus der Korporatismusforschung bekannt. Die repräsentierenden Gewerkschaften müssen möglichst große Teile ihrer Klientel umfassen, hierarchisch organisiert sein, und die Spitzen sollten die Gefügbarkeit der Basis einfordern können.
- 53 Vgl. B. Slay, *Evaluation of Industrial Policy in Poland since 1989*, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 2 (1993) H. 2, S. 27-28 und L. Vinton, *Polish Government* (Anm. 50). Nach meinen Informationen ist dieser Pakt vom Parlament allerdings noch immer nicht ratifiziert!
- 54 J. Hausner, *Dilemmas of the Economic Strategy*. Paper presented at the Institut für Wirtschaftsforschung Halle, February 1995, S. 13.
- 55 Z. Kozik, *Das entstehende Parteiensystem in Polen*, in: *Berliner Debatte Initial*, (1992) H.4, S. 76.
- 56 Vgl. L. Vinton, *Power Shifts in Poland's Ruling Coalition*, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 3 (1994) H. 11, S. 5-14 und A. Sabbat Swidlicka, *Pawlak Builds up Peasant Power*, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 3 (1994) H. 24, S. 13-20. Auch die Interessengegensätze innerhalb der SLD zwischen dem sozialliberalen, reformfreundlichen und dem gewerkschaftlich orientierten, strukturkonservativen Flügel sind erheblich. Vgl. ebenda.
- 57 Vgl. für diesen Abschnitt L. Vinton, *„Outsider“ Parties and the Political Process in Poland*, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 3 (1994) H. 3, S. 13-22.
- 58 Ebenda, S. 13.
- 59 Vgl. H.P. Haarland/H.-J. Niessen, *Der Systemtransformationsprozeß in Polen. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung des Übergangs zur sozialen Marktwirtschaft*, Bonn 1994, S. 49 u. 64. E. Oltay, *The Former Communists' Election Victory in Hungary*, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 3 (1994) H. 25, S. 2-3.
- 60 J. Staniszkis, *Dilemmata der Demokratie in Osteuropa* (Anm. 24), S. 327.
- 61 „Mit anderen Worten, während der ersten Phase der Transformation projizieren die neuen politischen Eliten... eher ihre Vorstellungen von der gesellschaftlichen Entwicklung auf

Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reform in Osteuropa

- die Gesellschaft, als daß sie die Interessen konkreter gesellschaftlicher Gruppen repräsentieren.“ Ebenda.
- 62 Kolodkos optimistischer Entwurf einer „Strategie für Polen“ legt das Schwergewicht auf die Ankurbelung der Investitionen und die Erwirtschaftung von Devisen über Exporte zur Bedienung von Altschulden und zur Finanzierung von notwendigen Importen. Die Bevorzugung von Investitionen vor konsumtiven Ausgaben wird mit sozialen Kosten verbunden sein. Gleichfalls sieht der Entwurf noch für 1997 eine Arbeitslosenquote von 14 Prozent als realistisch an.
 - 63 Wobci allerdings nur je ein Fonds als sogenannter „strategischer Investor“ den Hauptanteil am zu restrukturierenden Unternehmen mit 33 Prozent der Kapitalanteile erwerben und Eigentümerfunktion übernehmen soll. Manager dieser Fonds sollen Banken, internationale Investoren, Consulting-Gruppen, etc. werden. Süddeutsche Zeitung 07.12.1994.
 - 64 The Economist, 23.01.1993: 22 und B. Unger, Against the grain. A survey of Poland, in: The Economist 16.04.1994, S. 15. Ende 1994 befanden sich 86 Prozent der Betriebe im Baugewerbe, 89 Prozent des Einzelhandels und 51 bzw. 66 Prozent der Export-, bzw. Importbetriebe in privaten Händen. Central Office of Planning, Poland 1994: Information on the Economic Situation, Warsaw 1995, S. 6.
 - 65 Von den rund 1300 noch staatlichen Großbetrieben, werden nur rund 40 Prozent als profitabel eingeschätzt. B. Unger, Against the grain (Anm. 64), S. 16.
 - 66 Central Office of Planning, Poland 1994. Information on the Economic Situation, Warschau 1995, S. 6.
 - 67 O. J. Blanchard, Transition in Poland, in: Economic Journal, Bd. 104 (Sep. 1994), S. 1173.
 - 68 M. Tatur, Neo-Korporatismus in Osteuropa?, in: Berliner Debatte Initial, (1994) H. 5, S. 8.
 - 69 J. Kurezewski, Poland's Seven Middle Classes, in: Social Research, Bd. 61 (Summer 1994) H. 2, S. 416-417.
 - 70 Eine typische Strategie ist die wissentliche Unterbewertung von zu privatisierendem Staatseigentum. So wurde der Wert des weltweit größten, russischen Erdgasproduzenten „Gasprom“ mit nur 228 Mio. Dollar angegeben, obwohl der Marktwert laut einer Schätzung des „Economist“ bei 250-1000 Mrd. Dollar liegen dürfte. NZZ, „Die russische Privatisierung mit neuem Schwung,“ 04.02.1995.
 - 71 Eine besondere Hybridform solcher Privatisierungen, die in Polen mehrere Jahre bis zu ihrem Verbot durch die Solidarnosc-Regierung praktiziert wurde, benannte Staniszkis „political capitalism“. „Its basic features are: first, the power in industry and the state administration is linked with activities on one's own account in a private company. Second, the main customer of these companies is not the consumer market but state industry (e.g. defense industry). This form also serves to maintain the consumption of the nomenklatura as a social group on a relatively high level. Third, profits are derived from the exclusive access to attractive markets, information, and supply (...)“ J. Staniszkis, Dilemmata der Demokratie in Osteuropa (Anm. 24), S. 136f.
 - 72 Vgl. NZZ, „Staatsabhängige Privatunternehmen in Russland,“ 18.08.1994.
 - 73 H. Wiesenthal, Die „Politische Ökonomie“ (Anm. 8), S. 10.
 - 74 „The central problem of post-communism, then, is the gap between democratic form and real substance. Democracy demands a set of values for both rulers and ruled that involves self-limitation, compromise, bargaining and the like, which post-communist states and societies cannot be expected to acquire overnight, for they can only result from many years of practice.“ G. Schöpflin, Post-Communism: Constructing New Democracies in Central Europe, in: International Affairs, Bd. 67 (1991) Nr. 2, S. 236.

- 75 Lechner sieht in Lateinamerika einen ähnlichen Mechanismus am Werk. Die strukturelle Schwäche des Parteiensystems führt immer wieder zu einer Stärkung und Überhöhung des Präsidialamtes, was vice versa die Institutionalisierung der Parteien weiter unterhöhlt. N. Lechner, *The Search for Lost Community: Challenges to Democracy in Latin America*, in: *International Social Science Journal*, (1991) H. 129, S. 546.
- 76 Vgl. Süddeutsche Zeitung, „Vorläufige Verfassung für Polen.“ 03.08.1992.
- 77 Von Beobachtern wurde Walesa vorgeworfen er habe das aus ökonomischer Sicht vernünftige Budgetgesetz verzögert, welches das Staatsdefizit begrenzte, um die Inflation zu hemmen und die mit dem IWF für Kreditabkommen vereinbarten notwendigen Zielgrößen nicht zu überschreiten, indem er mit Blick auf den Präsidentschaftswahlkampf 1995 einen „Kleinkrieg ... aus politisch-persönlichen Motiven“ mit dem Sejm anzettelte. NZZ, „Polen kämpft um das Budget.“ 28.12.1994. Um sodann den Rücktritt des Premiers Pawlak zu erzwingen, drohte Walesa mehrmals mit der Auflösung des Parlaments. Süddeutsche Zeitung 07.02.1995.
- 78 L. Vinton, *Poland: Pawlak Builds a Cabinet, Kwasniewski Builds a Future*, in: RFE/RL Research Report, Bd. 2 (1993) H. 47, S. 37.
- 79 Vgl. für diesen Abschnitt G. O'Donnell, *Delegative Democracy* (Anm. 5). „A noninstitutionalized democracy is characterized by the restricted scope, the weakness, and the low-density of whatever political institutions exist. The place of well-functioning is taken by other nonformalized but strongly operative practices – clientelism, patrimonialism, and corruption.“ Ebenda, S. 59.